

Die Kraft der Zivilgesellschaft

von Tahera Ameer und Timo Reinfrank

Hoffnung, Unterstützung und Zuversicht – es gibt kaum eine Zeit, in der man diesen Dreiklang nicht gebrauchen kann. Aber es gibt Zeiten, da braucht man noch mehr davon. Seit über drei Monaten wütet der Krieg in der Ukraine. Die Bilder, die seitdem um die Welt gehen, das Leid der Menschen, die fliehen müssen und deren Zuhause ihnen auf brutalste Weise genommen wurde, schockieren und bewegen uns und viele andere. Der Wunsch zu helfen, zu unterstützen ist in diesen Tagen besonders groß. Und so setzen sich Engagierte seit Beginn des russischen Angriffskriegs Tag und Nacht für Geflüchtete aus der Ukraine ein. Sie empfangen sie an Bahnhöfen, stellen Unterkünfte zur Verfügung, unterstützen bei Behördengängen. Doch nicht alle Geflüchtete werden gleichermaßen mit offenen Armen empfangen. Das betrifft diejenigen, die nicht in das Bild des christlichen und weißen Geflüchteten aus der Ukraine passen. Menschen, die sich nachts auf einmal eine neue Unterkunft suchen müssen, weil die Gastgeber:innen es sich doch anders überlegt haben, oder denen die Polizei in einer Kontrolle nicht abnimmt, dass sie aus der Ukraine geflohen sind. Doch zum Glück gibt es Menschen und Initiativen, die genau diese Lücke in der Unterstützung schließen. Es ist die demokratische Zivilgesellschaft – wieder einmal –, die diejenigen unterstützt, die es besonders brauchen und dabei zusätzlich diskriminiert werden.



© Peter van Heesen

An der Seite derer zu stehen, die von Rassismus, rechter Gewalt und anderen menschenverachtenden Ideologien betroffen sind, das ist der Gründungsgedanke der Amadeu Antonio Stiftung. Ein Grundstein, den Anetta Kahane vor 24 Jahren gelegt hat, als sie die Stiftung ins Leben rief. Als Vorkämpferin der demokratischen Zivilgesellschaft hat Anetta Kahane den Kampf gegen Rechtsextremismus und Demokratiefreundschaft in Deutschland geprägt wie keine andere. Im April 2022 hat sie das Management ihres – wie sie sagt – „Babys“ in neue Hände gelegt: Tahera Ameer (Programm und Innovation), Timo Reinfrank (Geschäftsführung) und Lars Repp (Verwaltung, Organisation und Finanzen) bilden gemeinsam den neuen Vorstand und widmen sich nun den kommenden Herausforderungen. Und davon gibt es einige. Denn wir erleben zurzeit nicht nur einen Krieg gegen die Ukrainer:innen, sondern auch einen gegen unsere Demokratie, gegen die Idee einer offenen pluralen Gesellschaft, den „Westen“ und die Menschenrechte. Es ist wichtig, diese Facette des Kriegs ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen und nicht nur auf die wirtschaftlichen Folgen und Gefahren für Deutschland zu schauen. Es darf keine Kompromisse mehr mit Spaltung, Diskriminierung und menschenverachtender Ideologie geben. Wohin letztere führt, zeigt uns immer wieder der Rechtsterrorismus. Erst vor kurzem tötete ein 18-Jähriger in einem Supermarkt in Buffalo (USA) zehn Menschen aus rassistischen Gründen. Der Täter hatte sich während der Pandemie über Imageboards radikalisiert und ein 180 Seiten langes „Manifest“ verfasst. Seine Tat streamte er live auf der Plattform Twitch. Wenige Tage zuvor nahm die Polizei in Essen einen 16-Jährigen fest, bei dem laut Medienberichten Rohrbomben, selbstgebaute Schusswaffen sowie rechtsextreme, antisemitische und antimuslimische Schriftstücke gefunden wurden. In Buffalo konnte der Täter seinen mörderischen Plan in die Tat umsetzen. Dass in Essen Schlimmeres verhindert wurde, ist der Courage eines Mitschülers zu verdanken, der die Todesdrohung des 16-Jährigen ernst nahm und der Polizei meldete. Mut und Zivilcourage – ohne sie gäbe es keine Hoffnung, Unterstützung und Zuversicht. Der kämpferische Optimismus, mit dem Anetta Kahane die Amadeu Antonio Stiftung geprägt hat, wird uns weiterhin begleiten. Großen Dank an alle, die dabei an unserer Seite stehen.



Putinverständnis auf Sächsisch: Die rechtsextremen „Freien Sachsen“ am 2. Mai in Dresden. Mehr in der Reportage auf Seite 3.

© Nicholas Potter

Kettenbriefe für den Kreml – wie russische Propaganda in Deutschland verfährt

von Anton Livshits

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs begleiten Lügen und Desinformation die Gewaltexzesse in der Ukraine – angeheizt von einer Propagandamaschinerie, die jahrelang warm lief. Denn seit den Ereignissen des Jahres 2014 – den Euromaidan-Protesten, der Annexion der Krim und dem Beginn der Kämpfe in der Ostukraine – verbreiten Kreml-nahe Medien eine völlig verzerrte Sicht auf das Geschehen. Damals berichtete das russische Staatsfernsehen von der „faschistischen Militärjunta“, die in Kiew die Macht an sich gerissen habe. Über die Jahre häuften sich Meldungen von Kreuzigungen und ähnlichen Gräueltaten, angeblich verübt von ukrainischen „Strafkommandos“ an der russischsprachigen Bevölkerung des Donbas – selbstverständlich mit dem Segen des Westens, der Russland vernichten wolle. Trotz der erwiesenen Falschheit dieser Schauer-geschichten stößt die jetzige Kriegspropaganda in Russland deshalb auf fruchtbaren Boden. Das Staatsfernsehen präsentiert die russischen Truppen als heldenhafte Befreier im Kampf gegen die Nazis in Kiew. Neue Gesetze schränken eine unabhängige Berichterstattung in Russland weiter massiv ein. Doch nicht nur dort verfährt die Desinformationskampagne. Auch Deutschland ist seit langem im Visier von Putins Propaganda. Das Ziel: destabilisieren und Chaos stiften.

Autokorsos gegen Russophobie

Das Instrumentarium russischer Desinformation umfasst mehr als die mittlerweile von der EU verbotenen Auslandssender *Sputnik* und *Russia Today* (RT). Denn Reichweite verschaffen der Kreml-Perspektive hierzulande auch die russische Botschaft, rechtsalternative Medien und eine Riege an Social Media-Kanälen, die Inhalte auf Russisch und Deutsch verbreiten. Eine wichtige Zielgruppe sind dabei russischsprachige Migrant:innen. Davon zeugen prorussische Kundgebungen, die seit Ende März in verschiedenen deutschen Städten stattfinden. Das meiste Aufsehen erregte wohl der Autokorso durch Berlin am 3. April – dem Tag, an dem die Bilder aus Butscha um die Welt gingen. Bei diesen Veranstaltungen gehen Menschen mit post-sowjetischem Migrationshintergrund auf die Straße. Fahnen schwenkend demonstrieren sie nach eigener Angabe gegen die Diskriminierung der russischsprachigen Community. Auf den ersten Blick spiegelt sich hier die Kreml-Erzählung von der vermeintlich grassierenden Russophobie, die seit Kriegsbeginn verstärkt in Sozialen Netzwerken zirkuliert. Doch Telegram-Gruppen, die organisatorisch hinter den Korsos stehen, verdeutlichen, dass viele der Demonstrierenden noch etwas anderes umtreibt: Sie sind

mit dem russischen Angriffskrieg einverstanden. Und so werden hier haargenau jene Erklärungen verbreitet, die aus dem russischen Fernsehen bekannt sind: „Leider leben wir in einer Zeit, in der die Nazi-Schergen wieder einmal auferstanden sind“, schreibt etwa die „Russische Liga Deutschland“ mit Blick auf die Ukraine am Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg. Dabei stimmt es nicht, dass Menschen mit post-sowjetischem Hintergrund Putin generell unterstützen. Das zeigt eine Blitzumfrage des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) von Anfang März: Über 80 Prozent der Befragten aus dieser Gruppe sind der Auffassung, dass die russische Regierung hauptsächlich verantwortlich für den Krieg sei. Eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vom Februar 2022 zeigt zudem, dass lediglich ein Viertel der russlanddeutschen Spätaussiedler:innen russischen Medien glaubt.

Verschwörungsideologische Rückendeckung für Putin

Während die Wirkung russischer Desinformation in migrantischen Communitys also überschaubar ist, finden die Lügen in der Mehrheitsgesellschaft andere Anhänger:innen. Die Amadeu Antonio Stiftung beobachtet die Übernahme von Kreml-Narrativen zum Krieg durch einschlägige Akteur:innen der deutschen Verschwörungsszene. Insbesondere RT werde dort als Quelle oft geteilt. Als Reaktion auf das EU-Verbot streamte der „Querdenker“ Bodo Schiffmann den Sender zwischenzeitlich über seinen Telegram-Kanal. Die nach Russland ausgewanderte Alina Lipp berichtet derweil auf Deutsch aus der selbsternannten „Donezker Volksrepublik“. Auf ihrem rasant wachsenden Kanal teilt sie Kettenbriefe, denen zufolge Ukrainer in Butscha die eigentlichen Täter gewesen wären. Viele Telegram-Kanäle warnen vor erfundenen US-Biowaffenlaboren in der Ukraine. Für die meisten dieser Akteur:innen steht fest: Die NATO ist der wahre Aggressor. Die jetzige Rückendeckung für Putin aus der deutschen Verschwörungsszene ist das jüngste Kapitel einer Liaison, die bis zu den anti-amerikanischen Friedensmahnwachen von 2014 zurückreicht. Hinzu kommt, dass etwa RT pandemielegende Positionen in Deutschland gezielt befeuert. Das brachte dem Sender in diesen Kreisen ein Standing ein. Dass das rechtsextreme Magazin Compact jetzt für Frieden mit Russland wirbt und Impfgegner:innen bei ihren Spaziergängen Russlandfahnen hochhalten, ist folglich nicht verwunderlich und dennoch Anlass zur Sorge.

Gerade deshalb reicht das Verbot von Medien wie *Sputnik* und *Russia Today* nicht aus. Einerseits, weil die russischen Inlandssender auch weiterhin über Satellit zu empfangen sind. Andererseits, weil sich Desinformationen im Internet längst selbstständig haben. Gefragt sind stattdessen zivilgesellschaftliche Aufklärungsangebote – auf Russisch und auf Deutsch. Denn dass Desinformation tötet, hat sich selten so deutlich gezeigt wie jetzt.

Wie deutsche Rechtsextreme den Ukraine-Krieg nutzen

Wenn es um den Krieg in der Ukraine geht, ist die rechtsextreme Szene in Deutschland gespalten. Während die einen den ukrainischen Widerstand als nationalistischen Befreiungskrieg unterstützen, verfolgen die anderen einen Pro-Putin-Kurs. Welche Gefahr von den unterschiedlichen Narrativen ausgeht, zeigt das Analyse-Papier unseres Monitoring-Projekts *de:hate* und unseres Projekts „debunk – verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegenzutreten“: zu finden online unter www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Organisierte Impfgegnerschaft als Demokratiegefährdung

Radikale Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen gefährden nicht nur sich und andere, sondern auch unsere Demokratie. Mit ihrer Offenheit für verschwörungsmyschisches, oftmals antisemitisches Gedankengut haben sie der offenen Gesellschaft den Kampf angesagt. Die aktuelle Stiftungspublikation „Immun gegen Fakten“ zeigt, wie Manipulation, Desinformation und Verschwörungserzählungen funktionieren, wie wir sie erkennen und was wir dagegen tun können.



„Ich bin total stolz auf die Amadeu Antonio Stiftung!“

Diese starke Frau ist für alle, die mit ihr arbeiten, eine Inspiration, und den Nazis in Deutschland macht sie Angst. Anetta Kahane bringt Menschen zum Nachdenken – und zum Handeln. Nach 24 Jahren übergibt sie den Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung in neue Hände.



© Peter van Heesen

Anetta, 1998 hast du die Amadeu Antonio Stiftung gegründet. Wie blickst du heute auf dein Werk, auf die Stiftung?

Aber das ist doch nicht mein Werk! Die Stiftung ist das Werk von allen, die hier arbeiten bzw. diese Arbeit mit Spenden unterstützen. Ich habe vielleicht den Spirit dazu beigetragen: Wert auf intellektuelle Beweglichkeit gelegt, die Fähigkeit gefördert, Probleme von allen Seiten zu betrachten und dann so zu handeln, dass alle Aspekte bedacht werden. Also ehrlich, ich bin total stolz auf die Stiftung. Was wir alles zusammen geschafft haben! Auch wenn ich das natürlich nicht ahnen konnte, als ich 1998 angefangen habe. Wir sind Menschen, die wütend sind, wenn Nazis andere angreifen, aber die die Wut nutzen, um Menschen zu verteidigen, die sonst Opfer werden. Wir blei-

ben aber auch dabei, wenn es komplex oder ungemütlich wird. Natürlich machen das nicht nur wir, das müssen wir ja mit vielen Ansätzen und Organisationen machen. Aber ich bin natürlich klar parteiisch: Mein Baby kann das am besten!

Wer sich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland ansieht: Es ist ein riesiges Aufgabenfeld. Was hat dir den Mut gegeben, diese Arbeit anzufangen?

Hast du Mut oder Wut gesagt?

Was immer es war, Anetta.

Nun, meine Familie gehört ja selbst zu den Verfolgten im Nationalsozialismus. Das hat mich sehr geprägt, für mein ganzes Leben. Und zugleich waren da meine Eltern, die immer gekämpft haben. Mein Vater studierte 1933 Jura, wurde als Jude gleich zu Beginn von Mitstudenten so oft und stark verprügelt, dass er nach Prag ins Exil ging, sich da aber fragte, was nun? Er ist in den spanischen Bürgerkrieg gegangen und hat später erzählt: „Das war zwar gefährlich – aber das war wenigstens etwas, was ich tun konnte!“ So bin ich auch. Ich möchte immer etwas tun. Deshalb habe ich Menschen auch nie verstanden, die sagen: „Aber da konnte man gar nichts tun.“ Doch, wir können immer etwas tun.

Was ist das Wichtigste, das du in der Zeit gelernt hast und anderen mitgeben möchtest? Als Leiterin einer Stiftung? Als Kämpferin gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus?

Es ist in diesem Arbeitsbereich so überaus wichtig, seine eigene Arbeit wertschätzen zu können! Im Bereich Rechtsextremismus arbeiten viele schlaue Menschen, die sehr gut darin sind zu se-

hen, was schiefläuft. Das ist ja auch ein Antrieb für die Arbeit. Aber es ist umso wichtiger, auch politisch und strategisch auf das zu schauen, was gut geworden ist. Das, was wir tun, macht einen Unterschied. Das müssen wir sehen, damit wir die Kraft haben weiterzumachen.

So, zum Schluss darfst du dir vorstellen, du hättest jetzt noch einen Wunsch frei – was wäre es?

Okay, dann wünsche ich mir noch einen Paradigmenwechsel! Ich wünsche mir, dass Politik und Verwaltung begreifen, dass sie der Zivilgesellschaft dienen. Ich wünsche mir, dass diejenigen, die die Demokratie und ihre Werte jeden Tag im Alltag verteidigen, nicht als Bittsteller zum Staat kommen müssen, sondern als tragender Teil der gesellschaftlichen Lösung so geschätzt und unterstützt werden, wie sie es verdient haben. Na gut, aber Weltfrieden und die Gleichwertigkeit aller Menschen würde ich auch noch nehmen.

Ich wünsche mir, dass Politik und Verwaltung begreifen, dass sie der Zivilgesellschaft dienen.

Anetta Kahane

Simone Rafael, Chefredakteurin von Belltower News, arbeitet mit Anetta Kahane seit 2002 in der Amadeu Antonio Stiftung. Damals waren wir zu fünf, heute arbeiten rund 130 Menschen an drei Standorten daran, Demokratie on- und offline zu verteidigen, Menschen vor rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Angriffen zu schützen, Zivilgesellschaft, Politik, Medien und Wissenschaft anzuspornen und zu inspirieren. Eine Langversion ihres Interviews finden Sie auf www.belltower.de.



Ein Willkommen, das für alle gilt: Freiwillige unterstützen BiPoC-Geflüchtete aus der Ukraine

von Viola Schmidt

Die Hilfsbereitschaft für Geflüchtete aus der Ukraine hat einen schalen Beigeschmack, denn sie gilt nicht für alle Geflüchtete. Das Projekt „Bienvenida“ des Vereins PXP ist für diejenigen da, die nicht mit offenen Armen empfangen werden. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt die Arbeit mit einer Förderung.

Am frühen Morgen des 24. Februars 2022 überschreiten russische Truppen die Grenze zur Ukraine bei Charkiw. Es ist der Beginn des brutalen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und Auslöser für die größte Flüchtlingsbewegung innerhalb Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch darin, 26 Jahre, und Ayyoub, 18 Jahre alt, fliehen an diesem Tag.

Sie stammen aus Marokko und kommen vor zwei Jahren nach Dnipro. In der viertgrößten Stadt der Ukraine, 400 km südöstlich von Kiew, studieren sie Medizin, lernen Russisch und Ukrainisch, bauen sich ein neues Leben auf. Bis zu dem Tag, an dem sich alles ändert. „Als wir die Bomben zwischen Charkiw und Kiew hörten, beschlossen wir zu fliehen.“ Mit dem Zug gelangen sie nach Uschgorod an der slowakischen Grenze. Dort gibt es zwei Grenzübergänge, einen für Ukrainer und einen für alle anderen Nationalitäten. „Während die Ukrainer in einem stetigen Fluss durchgelassen wurden, ließen sie bei uns immer nur vier Leute durch, um die Grenze dann wieder für mehrere Stunden zu schließen“, erzählt Ayyoub. Das ukrainische Militär geht mit Schlagstöcken und Tränengas gegen BiPoC-Geflüchtete (Black, Indigenous, People of Color) vor, schlägt mit Waffen auf sie ein. „Wir waren im Krieg, aber die Angreifer waren nicht die Russen, sondern das ukrainische Militär“, erzählt darin. „In diesem Moment dachte ich, ok, ich bleibe im Krieg, alles ist besser als das hier.“ Doch darin und Ayyoub schaffen es über die Grenze, gelangen über die Slowakei nach Österreich und schließlich nach Berlin.

Der Rassismus fing im Krieg an

Inzwischen sind fast zwei Monate vergangen. „Der Rassismus“, sagt darin, „fing im Krieg in der Ukraine an, bevor wir Rassismus hier in Deutschland erfahren.“ Kurz nach ihrer Ankunft in Berlin geht darin zum Hauptbahnhof, weil Hygieneprodukte für Geflüchtete verteilt werden.

„Alle Frauen in der Schlange vor mir bekamen eine Tüte mit verschiedenen Produkten. Als ich an der Reihe war, fragte die Frau, die die Tüten verteilte, in barschem Ton, was ich wolle. Ich sagte ‚Binden‘ und bekam genau ein Paket. Eine Tüte bekam ich nicht – das Angebot sei nicht für Leute wie mich.“ An dem Tag habe sie viel geweint. Zu diesen Erfahrungen von Alltagsrassismus kommt struktureller Rassismus. Denn im Unterschied zu Geflüchteten mit ukrainischem Pass haben Drittstaatsangehörige keinen Anspruch auf den temporären Schutzstatus, der ihren Aufenthalt für ein Jahr finanziell und rechtlich absichern würde.

„Wir wollen echte Ukrainerinnen“

Gegen diesen Missstand engagieren sich Alex und Laura López Castro. Das Ehepaar hat das Projekt „Bienvenida“ ins Leben gerufen, um gezielt BiPoC-Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen. „Am Anfang war es vor allem Feuerlöschchen“, erzählt Alex, 36-jähriger Vater von drei Kindern. „Die Leute mussten erstmal irgendwo unterkommen, mal duschen, in einem ordentlichen Bett schlafen und ein bisschen zur Ruhe kommen.“ Laura und Alex organisieren 60 Schlafplätze in Berliner Hotels. Dann fahren sie zum Hauptbahnhof. „Da standen Leute mit selbstgemalten Schildern, die Hilfsbereitschaft der Menschen war groß. Doch als dann auch BiPoC-Geflüchtete an private Hosts vermittelt werden sollten, fielen Sätze wie ‚Oh nee, Schwarze wollen wir nicht‘ oder ‚Wir wollen echte Ukrainerinnen‘.“

Schnell ist klar, dass es schon am Bahnhof eine rassismussensible Infrastruktur braucht. Aus der Berliner BiPoC-Community heraus gründet sich das Tubman Network, mit dem Laura und Alex in den ersten Tagen eng zusammenarbeiten. Auch darin und Ayyoub kommen so an eine Erstunterbringung im Hotel. Doch nach zwei, drei Tagen stellen sich drängende Fragen: Wie geht es weiter? Wie kann ich hier bleiben? Wie hier studieren? Um diese Fragen zu beantworten, vernetzen sich Alex und Laura weiter mit Geflüchteten-Organisationen, Anwält:innen und Expert:innen auf dem Gebiet Flucht und Asyl. Und noch etwas wird Alex und Laura nach den ersten Tagen klar: Sie brauchen Geld, um die Hotels zu bezahlen. Sie wenden sich an einen langjährigen Freund: Fetsum Sebhat. Gemeinsam mit Teddy Tewelde

hat der Musiker vor sechs Jahren Peace by Peace/PXP gegründet – einen Verein, der Bildungs- und Empowerment-Angebote für Kinder mit Fluchterfahrung und in prekären Situationen organisiert. Fetsum und Teddy haben selbst Fluchterfahrung: Sie kamen Anfang der 1980er als Kleinkinder mit ihren Familien aus Eritrea nach Deutschland. „Wir hatten damals das Privileg, viel Unterstützung von Menschen aus der Nachbarschaft zu erfahren. Diese Erfahrung setzen wir heute in unserer Arbeit fort.“ so Teddy.

„Es heißt ja immer, ihr könnt sicher in euer Herkunftsland zurückkehren ...“

Nach den ersten chaotischen Tagen wollen Fetsum, Teddy, Alex und Laura raus aus dem Feuerlöschmodus. „Wir arbeiten gerade an einer Kampagne, denn wir wollen politischen Druck machen, um die rechtliche Gleichstellung für alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, zu erreichen.“ Alex ist überzeugt, dass Politik und Öff-

fentlichkeit dafür sensibilisiert werden müssen. „Es heißt ja immer, ihr könnt sicher in euer Herkunftsland zurück – aber das ist viel komplexer. Weil die Leute zum Beispiel queer sind, weil sie weiblich sind und in ihrem Herkunftsland nicht Medizin studieren können oder fürchten, dass sie auf der Straße gesteinigt werden, weil sie schwul sind.“ Der Schwebezustand, in dem sich darin und Ayyoub seit ihrer Flucht befinden, ist zermürbend. Sie haben Pläne: Darin möchte Medizin weiterstudieren, Ayyoub möchte Krankenpfleger werden. Hoffnung, dass das möglich wird, geben ihnen Alex und seine Mitstreiter:innen. „Sie haben uns ein neues Leben gegeben, ich übertreibe nicht. Sie gaben uns eine Unterkunft, Essen, haben uns in Kontakt mit Anwälten gebracht. Sie sind unsere Eltern“, lacht darin und fügt in Richtung Alex hinzu: „Fühl dich nicht alt! Ihr seid unser Leuchtturm in Deutschland. Ohne euch, ich weiß nicht, was mit uns wäre. Wir haben eine Richtung wegen euch – danke!“



Gelebtes Willkommen: Fetsum, Teddy, Alex, Ayyoub und Laura (v.l.n.r.).

© Viola Schmidt



Die Baseballschlägerjahre und ihre Folgen für die ostdeutsche Gesellschaft

Petra Köpping (SPD) ist seit 2019 Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Ihrem Buch „Integriert doch erstmal uns! Eine Streitschrift für den Osten“ geht sie der Frage nach, warum gerade in Ostdeutschland das Misstrauen in die Politik und die Distanz zur Demokratie so groß sind. Wir sprachen mit ihr über ihre Einschätzung zur aktuellen Lage.

Frau Köpping, 2018 ist Ihr Buch erschienen – wie hat sich die Debatte um die demokratische Kultur in Ostdeutschland seitdem entwickelt? Heute ist kaum mehr strittig, dass man die Folgen der Nachwendzeit verstehen muss, um viele aktuelle Konflikte einzuordnen. Die historische Treuhänderaufarbeitung hat einen neuen Schub bekommen. Noch wichtiger war, dass die sozialen und ökonomischen Folgen der Nachwendzeit besser verstanden wurden. Dass etwa das Ohnmachtsgefühl, nichts dagegen tun zu können, dass man für die eigene harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und Rente erhält, massiv zur Wut auf die Politik beigetragen hat.



© Paweł Sosnowski

Ihr Buch entstand unter dem Eindruck von Pegida und der Anti-Flüchtlings-Proteste. Inzwischen erleben wir ein Protest-Milieu, das sich im Zuge der Corona-Pandemie neu formiert hat und auch im Osten wieder besonders lautstark vertreten ist. Würden Sie heute eine ähnliche Diagnose stellen?

Es war wichtig und richtig, die Kränkungen und Fehler der Nachwendzeit als Politik laut auszusprechen. Aber heilen müssen wir uns schon selbst. Leider sind manche noch stärker in den Kaninchen-Bau abgetaucht und haben sich radikalisiert. Wir müssen dringend diskutieren, wie wir verhindern, dass Desinformation und Lügen unser demokratisches Gemeinwesen weiter angreifen. Dennoch muss man feststellen, die Ergebnisse der AfD sind bei der Bundestagswahl trotz der Verwerfungen durch die Pandemie leicht gesunken – und der Brexit und Le Pens Ergebnis in Frankreich haben gezeigt: Das Problem hat nicht nur Ostdeutschland! Ich würde heute noch stärker die Folgen der neoliberalen Schocktherapie in Großbritannien, den USA oder in den osteuropäischen Staaten benennen. Am Ende dieser Entwicklung stehen Brexit, Trump und Viktor Orban.

Unter den Demonstrierenden sind nicht nur ältere Menschen, die in der DDR gelebt haben, sondern auch zahlreiche junge, die nach der Wende geboren und in der Demokratie aufgewachsen sind. Wie erklärt sich die Wut dieser Generation?

Es geht ja weniger um die DDR. Meine These ist, die Verwerfungen der Nachwendzeit haben ganze Generationen geprägt. Studien zeigen, ein Teil der jüngeren Generation sieht sich im Osten ebenfalls als Bürger zweiter Klasse. Das Gefühl wird also weitergegeben. Zudem würde ich wohl heute noch stärker das Thema der „Baseballschlägerjahre“-Generation und die Folgen für die ostdeutsche Gesellschaft betonen. Es ist kein Zufall, dass die subkulturell extrem rechts geprägte Generation der 1990er Jahre besonders AfD wählt. Und es ist eine Folge davon, dass wir gerade auch in Sachsen lange nicht konsequent gegen extrem rechte Strukturen eingeschritten sind.

Was können und müssen Politik und Zivilgesellschaft jetzt tun, um das Vertrauen in die Demokratie wiederzugewinnen und zu stärken?

Es geht um dreierlei: Wir müssen auf soziale und ökonomische Fragen mit Lösungen antworten, die die Leute verstehen. Zweitens müssen wir die Selbstermächtigung der Leute stärken: Es rückt eine spannende Generation der U50-Jährigen nach, die mit neuem Selbstbewusstsein einen ostdeutschen Blick einbringen. Eine neue Generation der Arbeiter:innen, die sich heute nicht mehr klein macht, die für höhere Löhne kämpft. Das bedeutet Respekt und bringt mehr, als dauernd „gegen die da oben“ zu schimpfen. Drittens: Die erste Erfahrung demokratischer Teilhabe der 89er Generation war der Straßenprotest, um sich Gehör zu verschaffen und „Obere“ zu Zugeständnissen zu zwingen. Es geht darum, die politischen Prozesse vor Ort zu stärken und die Leute in die Politik zu ziehen. Deswegen stärke ich zum Beispiel soziale Orte, die in der Nachwendzeit verschwunden sind. Menschen müssen Erfahrungen der politischen Selbstwirksamkeit machen können.

Das Interview führte Robert Lüdecke.

„Entweder wir machen hier was, oder wir ziehen weg.“

von Nicholas Potter



Trommeln fürs Vaterland: Der III. Weg am 1. Mai in Zwickau.

© Nicholas Potter

Seit der Wende ist der Freistaat ein Hotspot für rechtsextreme Gewalt. Engagierte kämpfen mutig dagegen. Eine Reise durch die sächsische Provinz.

Moosgrüne Parteifahren wehen im Wind, Rechtsrock dröhnt aus zwei Lautsprechern, die durch eine leichte Böe am sonst sonnigen Tag umfallen. Es ist der 1. Mai in Zwickau, und die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ will demonstrieren. Auf einem abgeriegelten Parkplatz nördlich der Altstadt versammeln sich knapp 300 Parteikader mit Bockwurst auf Bierbänken. „Nazi Bande“ steht auf dem T-Shirt eines Rechtsextremen. Ein bekannter Neonazi trägt ein Tattoo von Häftlingen in einem KZ. Auch Bezüge zu rechtsextremen Gruppen in der Ukraine wie „Asow“ oder „Misanthropic Division“ sind zu sehen. Schon vor dem rechtsextremen Aufmarsch wird der Tag von Gewalt überschattet. Bei der Anreise werden Gegendemonstrant:innen in Chemnitz und Glauchau von Neonazis mit Steinen und Flaschen attackiert, zwei werden dabei leicht, eine Person wird schwer verletzt. Ein uniformierter „III. Weg“-Anhänger zeigt den Hitlergruß. Später wird die Polizei Sachsen in einer Pressemitteilung schreiben, es sei lediglich „zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Personen aus verschiedenen politischen Lagern“ gekommen.

„Wir fühlten uns total bedroht und hatten damals wenig Vertrauen in die Polizei“

Die Angriffe am 1. Mai reihen sich ein in eine erschreckend lange Liste rechtsextremer Gewaltta-



Sebastian Reißig. © Nicholas Potter

ten in Sachsen seit der Wende. Einer, der diese Gewalt am eigenen Leib zu spüren bekommen hat, ist Sebastian Reißig aus Pirna. Als die Mauer fällt, ist er zwölf. Die Jahre, die folgen, werden später als „Baseballschlägerjahre“ in die Geschichte eingehen. „Natürlich gab es nach der Wende eine Aufbruchsstimmung“, erinnert sich Reißig. „Aber auf der anderen Seite gab es in den 1990er Jahren in Sachsen auch sehr viel rechte Gewalt.“ Pirna war damals ein Hotspot.

Reißig sitzt an der Elbe, die Sonne scheint, ein Dampfer fährt vorbei. Nicht weit von hier saß er Ende der 90er mit Freunden, bevor eine Gruppe von rund 15 Neonazis sie zusammenschlug. Ein gezielter Überfall, der seinen Freundeskreis lange beschäftigte. „Wir fühlten uns total bedroht und hatten damals wenig Vertrauen in die Polizei“, erzählt er. Rechtsextreme Gewalt mündete seitdem auch in parlamentarische Erfolge, 2004 gewann die NPD bei den Landtagswahlen in diesem Wahlkreis 11,8 Prozent. „Es blieben damals nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir machen hier was, oder wir ziehen weg.“

Viele sind weggezogen, doch Reißig ist geblieben. Dass sich die Lage in Pirna über die Jahre zum Teil

verbessert hat, ist auch seiner Arbeit in der „Aktion Zivilcourage“ zu verdanken. 1998 gründete er den Demokratieverein mit Freunden, heute ist er Geschäftsführer. Das Team bietet gesellschaftspolitische Bildungsarbeit an, gibt Workshops für Kommunen, Schulen und Polizei zu Themen wie Rechtsextremismus und Hass im Netz. Eine Stelle für ein Freiwilliges Soziales Jahr, die von der Amadeu Antonio Stiftung schon seit mehreren Jahren gefördert wird, ermöglicht den Einstieg in Demokratiearbeit für die nächste Generation. Dabei gibt es noch einiges zu tun: Rechtsextreme Gewalt mag hier laut Reißig zwar rückläufig sein, bei der Bundestagswahl 2021 wurde die AfD in Pirna mit knapp 30 Prozent jedoch stärkste Partei. Im Umland holte sie teilweise mehr als 40 Prozent. Im Juni finden in Sachsen Landratswahlen statt. Das rund 60 Kilometer entfernte Bautzen könnte dann den ersten AfD-Landrat Deutschlands bekommen.

Ein Schlaglicht auf die Zustände der Region werfen

Einen Tag nach dem „III. Weg“-Aufmarsch taucht einer der Angreifer vom Bahngleis in Glauchau an anderer Stelle wieder auf: Im etwa 200 Kilometer Luftlinie entfernten Görlitz betretet er einen Stand der neuen rechtsextremen Partei „Freie Sachsen“ – am Rande der wöchentlichen Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen. Er ist ein bekannter Neonazi aus Döbeln und war bis 2019 Stadtrat für die NPD. Am Parteistand trägt er die gleiche Klei-

dische Zustandsbeschreibung von allen möglichen Ausgrenzungsformen – seien sie rechtsextrem, rassistisch oder antisemitisch.“ Dafür wühlt sich das Team akribisch durch Zeitungsarchive und Polizeimeldungen, hinzu kommen Hintergrundartikel mit Analysen. So werfen sie ein wichtiges Schlaglicht auf die Zustände in der Region.

An diesem Montag, dem 2. Mai, laufen Rechts-extreme und Coronaleugner:innen nicht nur in Görlitz, sondern sachsenweit. Am Großen Garten in Dresden versammeln sich ebenfalls ein paar Hundert Menschen zum „Spaziergang“. Sie sind „Querdenker“, AfD-Funktionäre, Pegida-Anhänger:innen und Mitglieder der „Freien Sachsen“. Das Thema Coronavirus hat die seit 2014 immer montags stattfindenden Pegida-Aufmärsche inzwischen aus dem Demokalender verdrängt. Gewaltbereite Rechtsextreme gehören aber nach wie vor zur Stammklientel.

„Weite Teile der Gesellschaft akzeptieren Rassismus, sie verbreiten Verschwörungsideologien“

Am Rande der Demonstration steht Annalena Schmidt mit einem Softeis. Die 35-jährige Historikerin kennt sich mit der extremen Rechten in Sachsen bestens aus. Ursprünglich aus Hessen, zieht sie Ende 2015 nach Bautzen. Dort wird sie schnell mit den „sächsischen Verhältnissen“ konfrontiert: „Weite Teile der Gesellschaft akzeptieren Rassismus, sie verbreiten Verschwörungsideologien – und die demokratische Mehrheit schweigt. Dadurch bekommen rechtsextreme



Annalena Schmidt. © Martin Neuhofer

Gruppen Aufwind und ein Gefühl der Hegemonie – auf der Straße und im Netz.“

Das erlebt Schmidt aus erster Hand: Kurz nach ihrer Ankunft in Bautzen brennt es in einer Geflüchtetenunterkunft. Bis heute ist die Brandstiftung nicht aufgeklärt. Sie ist auch Zeugin, als eine Gruppe junger Geflüchteter von hunderten Neonazis durch die Stadt gejagt wird. Das nimmt Schmidt zum Anlass, sich politisch zu engagieren: beim Bündnis „Bautzen bleibt bunt“, in der Geflüchtetenhilfe und dann als parteilose Stadträtin auf der Liste der Grünen. Sie erhält eine Morddrohung, Neonazis posieren vor ihrem Wohnhaus und veröffentlichen die Fotos in den Sozialen Medien. Schmidt wohnt mittlerweile in Dresden, dort behält sie die extreme Rechte weiterhin im Blick. Nicht ohne Gegenwind: Im Februar 2022 wird sie am Rande eines Gegenprotests gegen eine Montagsdemonstration aus der Coronaleugner-Szene von drei Männern aus dem Pegida-Umfeld mit Tritten und Schlägen attackiert. „Sie haben ihren Frust an mir ausgelassen wie an einem Boxsack“, erzählt sie überraschend gelassen. Einschüchtern lassen will sie sich aber nicht. Jetzt erst recht.

„Mein persönliches Tikkun Olam“

Nitzan Menagem ist Vorsitzende von Hashomer Hatzair e.V. – einer säkular-jüdischen Jugendorganisation, die Teil der Pfadfinder:innen-Bewegung ist und eine lange Tradition hat: Unter den Nazis verboten, lebt der Verein heute auch in Deutschland wieder auf und setzt sich für jugendliche Selbstbestimmung und eine progressive Auslegung des Judentums ein. Die Amadeu Antonio Stiftung hat ein Projekt des Vereins mit einer Förderung unterstützt.



© Friedrich Schuster

Nitzan, welche drei Schlagwörter verbindest du mit dem Verein Hashomer Hatzair?

Hashomer Hatzair verbinde ich vor allem mit dem Prinzip „Tikkun Olam“. Das bedeutet auf Hebräisch „die Welt reparieren“. Wir wollen die Gesellschaft durch unsere jüdischen Werte solidarischer gestalten. Ein weiteres Schlagwort ist für mich „Gesellschaft der Jugend“, denn bei uns gestalten die Jugendlichen selbst und sind auch im Vorstand vertreten. Letztendlich verbinde ich mit dem Verein auch eine progressive Auslegung des Judentums, bei der das kritische Hinterfragen von Traditionen im Vordergrund steht und nicht die blinde religiöse Regelbefolgung. Zudem schlägt Hashomer Hatzair die Brücke zwischen linker Politik und Judentum. Verbindende Elemente und Themen sind zum Beispiel Solidarität, lebenslanges Lernen und Weiterentwickeln oder auch der respektvolle Umgang mit Ressourcen und den Generationen untereinander.

Wie kamst du dazu, dich bei Hashomer Hatzair zu engagieren?

Seitdem ich acht Jahre alt bin, engagiere ich mich bei Hashomer Hatzair. Angefangen hat meine Begeisterung aber nicht bei dem Berliner Ableger des Vereins, sondern in Israel, wo ich aufgewachsen bin. Hier in Deutschland hat der Verein eine besondere Rolle: nicht-religiösen Jüdinnen:Juden einen solidarischen Safer Space zu bieten, den sie weder in der Mehrheitsgesellschaft finden noch bei den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Das, was ich als Kind erleben durfte, wollte ich auch Kindern und Jugendlichen in meiner Wahlheimat Berlin weitergeben.

Worin besteht deine tägliche Motivation dafür?

Mit Hashomer Hatzair kommt etwas nach Deutschland zurück, was dem jüdischen Leben hier seit dem Verbot des Vereins gefehlt und die Community lange vermisst hat. Schließlich gab es den Verein hier bereits in den 1930er Jahren, doch er musste nach kurzer Zeit wieder schließen, und seine Mitglieder wurden verfolgt. Erst vor zehn Jahren haben wir uns in Berlin wiedergegründet. Diese Lücke endlich füllen zu können, ist ein sehr schönes Gefühl. Wir sind beispielsweise auch der einzige jüdische Jugendverein im Berliner Landesjugendring und sogar der erste seit der Gründung 1949. Noch glücklicher macht es mich, dass jüdisches Leben in Deutschland aufblüht und dabei so vielseitig sein kann, Jugendliche sich ausprobieren können. Niemand wird hier danach gefragt, wie jüdisch er:sie wirklich ist, weil hier alle akzeptiert werden. Das ist mein persönliches Tikkun Olam, mein Mantra, das mich täglich motiviert: dass wir mit einem progressiven, humanistischen Judentum und einer lebendigen Jugendbewegung die Gesellschaft bereichern und dadurch vielseitiger und solidarischer gestalten.

Das Interview führte Noemi Trompeter.

Für eine gerechte Aufarbeitung rechter Gewalt

von Luisa Gerdsmeyer

Für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sind nicht nur die unmittelbaren Gewalterfahrungen, sondern auch deren juristische Aufarbeitung extrem belastend. Insbesondere dann, wenn ihnen vorgeworfen wird, selbst für die Taten verantwortlich zu sein.

CURA In einem Einkaufszentrum wartet Herr P. auf einen Freund, als sich ein Mann nähert, der ihn rassistisch beschimpft. Um die Situation zu deeskalieren, entfernt sich P., doch der Mann lässt ihn nicht in Ruhe. Nachdem P.s Freund K. eingetroffen ist, kommt der Täter erneut auf sie zu, setzt seine rassistischen Beschimpfungen fort und bedroht sie plötzlich mit einem Messer. Er werde sie „abstechen“. Geschockt, aber dennoch geistesgegenwärtig schafft es Herr K., die Hand des Täters zu packen und damit Schlimmeres zu verhindern.

Rassistische Beschimpfungen oder gewaltsame Angriffe wie dieser gehören für viele Menschen in Deutschland zum Alltag. Bis heute leiden Herr P. und Herr K. unter den belastenden Erinnerungen an den Angriff, der ihr Sicherheitsgefühl stark erschüttert hat. Für Betroffene wird der öffentliche Raum so zum Angststraum und das Bedrohungsgefühl zum ständigen Begleiter: Wird es nochmal passieren? Wo bin ich sicher? Wird mir jemand helfen? Rechte Gewalt soll einschüchtern und eine Botschaft aussenden: Du bist nicht sicher, du gehörst nicht dazu.

Der Schritt, nach Gewalterfahrungen zur Polizei zu gehen und die Taten anzuzeigen, kostet viele Betroffene große Überwindung. Häufig werden

sie von Sicherheitsbehörden nicht ernst genommen. Oder sogar verdächtigt, an ihrer Situation selbst schuld zu sein. Auch die Gerichtsverfahren stellen oft eine große Belastung für Betroffene dar. Herr K. und Herr P. sind diesen mutigen Schritt dennoch gegangen. Doch nicht nur sie, auch der Täter stellte eine Anzeige. Der haltlose Vorwurf: P. und K. hätten ihn gemeinsam körperlich angegriffen. So kam es zu der grotesken Situation, dass zwei Ermittlungsverfahren geführt wurden: In einem ersten Gerichtsprozess wurde Herr P. und Herr K. gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Erst in einem zweiten Prozess stand der Täter wegen gefährlicher Körperverletzung vor Gericht. Mit dieser perfiden Strategie der Täter-Opfer-Umkehr sind Betroffene rechter Gewalt häufig konfrontiert. Die Täter:innen versuchen sie in den Fokus der Ermittlungen zu rücken und die eigene Verantwortung für die Taten auf sie abzuwälzen. So sollen Betroffene eingeschüchert und daran gehindert werden, für eine gerechte Aufarbeitung des Geschehenen einzustehen.

Mithilfe der anwaltlichen Vertretung gelang es, die Gegenanzeige des Täters abzuwehren. Schließlich wurde dieser zu einer Geldstrafe verurteilt. Die juristische Aufarbeitung, bei der P. und K. sich plötzlich als Beschuldigte verteidigen mussten, stellte für sie eine große psychische Belastung dar. Die anwaltliche Betreuung war deshalb von großer Bedeutung. Die Unterstützung durch den Opferfond CURA und seine Spender:innen setzte ein wichtiges Zeichen gegen den Einschüchterungsversuch des Täters: Sie steht für eine solidarische Zivilgesellschaft, die Betroffene nicht allein lässt, sondern sich an ihre Seite stellt.

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Juni 2022
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Viola Schmidt und Timo Reinfank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design

Sie möchten die ERMUTIGEN auch oder nur per Email erhalten?
Schreiben Sie uns:
bestellung@amadeu-antonio-stiftung.de

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- €
- Ich spende per Lastschrift
- monatlich halbjährlich jährlich einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Zahlung.

Name, Vorname _____
BIC _____ Straße, Nr. _____
Name der Bank _____ PLZ, Ort _____
Datum _____ Telefon _____
Unterschrift _____ E-Mail _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin
 Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten

Gemeinsam gegen Rassismus und Verdrängung: Das „Fest der Vielen“ in Duisburg-Hochfeld

von Lorenz Blumenthaler

Es herrschen buntes Treiben und ein Wirrwarr der Sprachen in Duisburg-Hochfeld. Spontan würde man wohl von gelebtem „Multikulti“ sprechen, von einem lebendigen, lebenswerten Stadtteil. Doch der Schein trügt. Spätestens seit der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link (SPD) 2015 auf einer Konferenz in Berlin stolz verkündete: „Ich hätte gerne das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben könnte.“ Auch wenn sich Link später entschuldigte, war die Stoßrichtung klar: Gerade die im Viertel lebenden Rom:nja sind der Stadt ein Dorn im Auge.

Duisburg-Hochfeld ist ein sogenannter „Ankommensstadtteil“. Ein ehemaliger Arbeiter:innenbezirk, wie es ihn in beinahe jeder Großstadt gibt, geprägt vom Strukturwandel, dem Niedergang der Schwerindustrie, von Arbeitslosigkeit und damit vom Wegzug weiter Bevölkerungsteile. Hinzu kommt ein hoher Migrationsanteil, häufig von Familien aus Südosteuropa. Die Mieten sind in Hochfeld noch erschwinglich. Es herrscht eine starke Fluktuation, die durch die Stadtteilpolitik

und auf die Straße gesetzt“, erklärt Lena Wiese vom Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen.

Unhörbar gemachten Stimmen eine Bühne geben

Um dem rassistisch aufgeladenen Diskurs und den Verdrängungsdynamiken etwas entgegenzusetzen, veranstaltet der Verein auch in diesem Jahr wieder das „Fest der Vielen“. Vom 19. bis 21. August findet das Festival im Duisburger Rheinpark statt, unter dem Motto „Umkämpfter Stadtteil: Geteilte Geschichten“. Geteilte Geschichten gibt es genug im „Ankommensstadtteil“. Geschichten, die zu selten erzählt werden. Wie die vom Brandanschlag 1984. Damals in der Nacht vom 26. auf den 27. August legte eine Brandstifterin Feuer in einem Haus, das ausschließlich von Menschen aus „Gastarbeiter:innenfamilien“ bewohnt wurde. Die Familie Satır lebte im zweiten Stock. Entgegen der Warnung ihrer Mutter sprangen Rukiye und Aynur Satır aus dem Fenster. Sie überlebten, während sieben weitere Familienmitglieder verbrannten.



Überlebende des Brandanschlags von 1984 und Angehörige der Opfer von Halle und Hanau sowie des in der JVA Kleve gestorbenen Amed Ahmads.
© JuniorKinsleyOpunko

befeuert wird: Menschen sollen hier zwar ankommen, dann aber auch schnell wieder wegziehen. Investitionen in die Bausubstanz und die soziale Infrastruktur – Fehlanzeige. Dafür soll im Rahmen des Modellprojekts „Urbane Zukunft Ruhr“ „eine neue Art von Wohnen, Leben, Arbeiten und Bildung mit Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger“ entstehen. Dass damit bei weitem nicht alle Bürger:innen gemeint sind, ist offenbar: Damit die Stadtentwicklung nach Plan läuft, wird auch schon mal mit Zwangsräumungen nachgeholfen. Diese treffen vor allem Großfamilien aus Südosteuropa. „Nach wie vor werden hier Bulgar:innen und Rumän:innen, die als Sintija und Romnja gelesen werden, zwangsgeräumt

Ohne Veranstaltungen wie das „Fest der Vielen“ würde wohl auch diese Geschichte in Vergessenheit geraten. Mit einem Programm aus Podiumsdiskussionen, Konzerten und Infoständen soll des Brandanschlags gedacht und die aktuelle rassistische Verdrängungsdynamik thematisiert werden. Die Veranstalter:innen wollen den unhörbar gemachten Stimmen der Duisburger Migrationsgesellschaft eine Bühne geben – oder wie es Lena Wiese formuliert, „die Atmosphäre des Nach-unten-Tretens aufbrechen und den Solidaritätsgedanken wieder stark machen“. Erinnern statt vergessen. Solidarität statt Rassismus und Verdrängung. Damit aus dem Ankommen auch ein Bleiben wird.



Foto: Peter van Heesen

Im April hat der neue Vorstand die Leitung der Amadeu Antonio Stiftung übernommen: Timo Reinfank (Geschäftsführung), Tahera Ameer (Programm und Innovation) und Lars Repp (Verwaltung, Organisation und Finanzen). Mit ihrer Klarheit und Kompromisslosigkeit im Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus hat Anetta Kahane die Stiftung geprägt. Diesen Kurs wird der neue Vorstand verantwortungsvoll weiter verfolgen.

Demokratie schützen – jetzt!

Zivilgesellschaft stärken,
Rechtsextremismus und
Verschwörungsdenken bekämpfen,
Solidarität fördern.



Spendenkonto:
Amadeu Antonio Stiftung
IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS / GLS Bank

